

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Der Aufstich des Finanzministers.

Der Auftakt zur Brüsseler Konferenz.

Von
Erich Lombrowski.

Der Reichsfinanzminister Dr. Wirth, der seinen Gutachten vom Vorkriegsstand aus, vorwiegend, vorläufig nichts im Auge zu haben. Das Reichsministerium, vor dem ihm bedrängtes und geängstigtes Herz ausgeschüttet hat, hat ihm sein Vertrauen aus und trat seinen Vorschlägen Widergehung der Finanzen bei. Die Reden sind schon, die schwebende Auszahlung über seine Darlegungen ist fröhlich wie eine Komödie von Ernst Theodor Amadeus Hoffmann, und gerade, wo man nicht wissen will, wie er denn Finanzen zu sanieren gedenkt, schlägt er einem die Tür der Nase zu. Oder soll man ernstlich daran glauben, daß vor allgemeinen Redensarten, die der Bericht verzerrt: vor allem die Schwächung der Steuererträge und größte Sparmaßnahme, geeignet sind, allein uns aus dem Finanzchaos zu erlösen? Gegenüber allem tüchtigen Optimismus, der dem schrecklichen Dünkel nicht ins Antlitz sehen will, muß von neuem einigen Zahlen auf die geradezu groteske Entwidlung dieser Reichsfinanzen hingewiesen werden. Dabei ist, wie einer rollenden Lavine, das immer rasender werdende Tempo von besonderem Interesse für die nächste Zukunft, wenn nicht gelingen sollte, die Lavine so rasch wie möglich aufzuhalten.

Der Stand der hunderterten Schuld:

30. Juni 1914	4,9 Milliarden Mark
31. Dezember 1918	92,2 " "
31. März 1920	91,0 " "
15. September 1920	91,0 " "

Der Stand der schwelenden Schuld:

30. Juni 1914	0,4 Milliarden Mark
30. September 1918	48,0 " "
31. März 1920	108,0 " "
30. September 1920	151,7 " "
Ergebnisrechnungen an Länder	25,0 " "
Kriegswirtschafts-Verpflichtungen an Länder und Gemeinden	18,0 " "
1914	194,7 " "

Mit der phantastischen Summe von 285,7 Milliarden Mark sind wir noch lange nicht am Ende unserer Schuldensituation, auch die Erklärungen des Ministers im Kabinett stehen wir noch von einer ganzen Reihe weiterer Kiesen aus, deren Schätzung aber gar Feststellung noch nicht einmal abgeschloffen ist.

Die Gesamtsumme des Reiches ist, wie folgt, zu berechnen:

hunderterte und schwelende Schuld	285,7 Milliarden Mark
Ergebnisrechnungen an Reichsmitgliedern aus Anlaß des Friedensvertrages (Handels- und Steuererträge, Kriegserträge)	181,0 " "
Wiedergutmachungsleistungen an die Entente	18,0 " "

Aus den Verkürzungen Dr. Wirths, soweit sie in den offiziellen Mitteilungen enthalten sind, geht nicht zweifellos hervor, ob ein kleiner Teil der 181 Milliarden Mark Geschäftsergebnisse bereits in dem Etat für 1920 enthalten ist. Selbst wenn es der Fall sein sollte, hätte das nicht viel zu bedeuten, da andererseits das Sinken des Marktwertes während der letzten Wochen nicht mit Veranschlagung worden ist.

Dieses Ungewißheit und Unklarheit weisen auch die von Dr. Wirth angegebenen Ziffern für den Etat auf. Das mag die folgende Gegenüberstellung zahlenmäßig illustrieren:

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1920

nach dem Finanzentwurf vom Ende Juli dieses Jahres:	27,7	11,6	16	55,3
außerordentlicher Vertriebsbedarf Gesamtdenkenbedarf				
nach den vorgelegten Ausführungen des Reichsfinanzministers:	39,5	18	18	95,3
außerordentlicher Vertriebsbedarf Gesamtdenkenbedarf				
				40,2

Woher kommt, muß man ernstlich fragen, in einer Epoche von noch nicht drei Monaten, plötzlich eine Mehrforderung von 40,2 Milliarden Mark? Diese Summe, die hier in im Handumdrehen hineinfalkuliert ist, bedarf dringend der näheren Aufklärung. Sie entspricht, wie oben gesagt, ungefähr dem, was das gesamte Reichsnotopfer, also die große allgemeine Besitzgabe, erbringen sollte.

Von den Ausgaben in der Höhe von über 95 Milliarden Mark für das laufende Rechnungsjahr sind bisher notwendig, wenigstens auf dem Papier, noch nicht 40 Milliarden gedeckt. Alles andere ist ungedeckt. Der hohle vacui erlachte den Minister bei diesem Blick in den Abgrund, und er schrie auf. Er vertritt die Ausgaben zu bremsen, aber neue Einnahmemeßnahmen, soweit er auch um sich schaut, kaum offen. Selbst die teilweise Einziehung des Reichsnotopfers in Verbindung mit einer Zwangsanleihe kann das Tempo der Abwärtsentwicklung wenigstens um wenige Grade verlangsamen, aber keineswegs aufhalten. Die Notenpresse wird weiter bei Tag und bei Nacht arbeiten müssen, um das notwendige „Geld“ für die Ausgaben des Reiches zu schaffen. Die dafür hinterlegten Schatzanweisungen, weitere schwelende Kredite, sind ja nur eine langfristige Deckung.

Der Papiergeldumlauf betrug:

30. Juni 1914	2,7 Milliarden Mark
31. Oktober 1918	26,7 " "
28. April 1920	60,3 " "
15. September 1920	72,0 " "

Auch hier das selbe zunehmende Geschwindtempo ohne Aufenthalt, nachdem der Rarren einmal den Berg abwärts zu rollen begonnen hat. Was nun? So geht es in der Tat nicht weiter. Gibt es noch ein Mittel? Ist, mit entschlossenen Griff, ein Staatsbankrott möglich? Nein. Manche Staaten wie Griechenland, Portugal, Mexiko haben früher dazu ihre Zuflucht genommen. Das heißt: sie stellten den Zinsendienst für ihre

Das Programm der Brüsseler Konferenz.

Zum Beginn der heutigen Beratungen.

Internationale Finanzfragen. — Geld- und Valutaprobleme. — Der internationale Handel. — Keine Erweiterung des Wiedergutmachungskapitels.

Telegramm unseres Sonderkorrespondenten
Paul Conrath.

Brüssel, 24. September.

Der offizielle Name der Brüsseler Konferenz ist: Internationale Finanzkonferenz. Das Programm, das nun vorliegt, aber immer noch provisorisch ist, greift in der Tat weit aus. Man hört denn auch von den Delegierten selbst der führenden Länder das Gefühl, daß sie sich über die Arbeiten, die ihnen bevorstehen, noch ziemlich im unklaren befinden. — Heute, Freitag, um 3 Uhr, wird die Konferenz eröffnet, der Bericht des vorbereitenden Ausschusses verlesen, ein Geschäftsordnungsantrag gewährt und die Geschäftsordnung selbst festgesetzt. Punkt 5 dieser Tagesordnung interessiert Deutschland nicht; er behandelt die Verteilung der Kosten des Völkerbundes unter seinen Mitgliedern. Bekanntlich lebt der Völkerbund bis jetzt auf Kredit. An den folgenden Tagen wird Kapitel 2 der Beratungen verhandelt. — In kurzen Reden von nicht mehr als 15 Minuten Dauer legt jede Delegation die Finanzlage ihres Landes dar, also ihr Budget, innere und äußere Schulden, Münz- und Valutalage, Außenhandel, Ein- und Ausfuhrbeschränkungen, Währungsangelegenheiten und die allgemeine Politik der einzelnen Regierungen auf diesen Gebieten. Das dritte Kapitel umfaßt dann die Lösungsmöglichkeiten der großen Fragen, die jetzt auf finanziellen und wirtschaftlichen Gebiet dringend sind. Zunächst die kaualische Geldwirtschaft, Balanzierung der Staatshaushalte, Ausgabenbeschränkung, Abstützung des öffentlichen Haushaltes, Sondermaßnahmen für die Wirtschaft für den Wiederaufbau, Unternehmungen für Nahverkehrsmittel und Verkehr, Konsolidierung schwebender Schulden, Steuererhöhungen, Kapitalabgaben und Zwangsanleihen. An dieser Stelle der Aufzählung sagt das Programm: „und so weiter“.

Dann folgen die Geld- und Valutaprobleme: Vermeidung weiterer Inflation, Gefahren weiterer Valutawanklungen, Möglichkeit bzw. Wünschbarkeit der Rückkehr zu den früheren Paritäten, die Frage einer neuen Goldpolitik überhaupt, Stabilisierung des Goldwertes, ausländische Bankverrechnungen und Befreiung ausländischer Papiere, Konsolidierungsmöglichkeiten, Bekämpfung der Ursachen der Valutawanklungen, Valutakontrolle (Sind die jetzt angewandten Methoden wünschenswert und wirksam?), internationale Währung; Einsetzung einer Kommission für alle diese Probleme.

Eine ganze Problemgruppe für sich wird der internationale Handel sein. Man wird sich unterhalten über die Kriegserfolge, über die allgemeine Tendenz und das Wesen des internationalen Handels, Ausdehnung der Handelsbeschränkungen (Wie weit dürfen sie heute noch gehen? Wie weit sind sie wünschenswert?), Vorgehensbehandlung auf dem Gebiet der Preise, Exportmonopolen, Zins- und Exportmonopol, Transportfreiheit, Be-

wegungsfreiheit der Transportmittel. Ein neues, sehr wichtiges Kapitel umfaßt das wirtschaftliche und finanzielle Nachkriegswesen. Darunter fällt der Mangel an vergleichbaren Statistiken, einheitlichen Methoden der statistischen Darstellung usw. Kapitel 4 beschäftigt sich insbesondere mit den Vorschlägen zu gemeinsamen internationalen Vorhaben, wenn z. B. den Plänen zur Erleichterung des internationalen Handels, Lauswesen, „Revolving Credits“ usw., Entwürfen für Ausbringung von Handelskrediten und Regierungskrediten zu Gedenkszwecken. Zuletzt dann die große Frage der internationalen Anleihen. Über alle Fragen finden Generaldebatten statt und hierauf Kommissionsberatungen. Kapitel 5 der Geschäftsordnung wird dann die Beratung der Empfehlungen dieser Kommissionen durch das Plenum bringen.

In dem Programm, das gedruckt vorliegt, findet man zu Beginn der sachlichen Besprechungen noch gedruckt, aber später durchgeschritten, Mitteilungen des Vorsitzenden über die Wiedergutmachung und die interalliierten Kriegsschulden. Glücklichweise sind diese „Mitteilungen“ jetzt nicht mehr beabsichtigt. Sie hätten nur der Unvoreingenommenheit der Verhandlungen schwer geschadet.

Obgleich auch das breite Publikum gelernt hat, sich in den Höhen der Geld- und Finanztheorie nicht ohne Interesse zu bewegen, werden diese Besprechungen zum Teil doch allein spezieller fachlicher Art sein. Im übrigen läßt sich tatsächlich noch nicht übersehen, wie sie verlaufen werden. Fest steht aber, daß der Völkerbund feste Beschlüsse als Resultat der Diskussionen zu erzielen wünscht und erwartet, die zwar nicht bindend sein werden, von denen aber eine große moralische Wirkung erhofft wird. Die Abstimmung wird nicht nach Delegationen, sondern von jedem einzelnen Delegierten in allen Fragen selbstständig erfolgen. Auf diese Bestimmung wird hier viel Wert gelegt. Ob die einfache Majorität ausreicht, ist noch nicht bekannt. Auch hier spielt Politik hinein. Man fürchtet in gewissen Lagern das „Zusammengehen der Zentralen mit den Neutralen.“ Deutschland hat einen Vorteil über seine finanzielle und wirtschaftliche Lage eingeleitet, der ganz außerordentlich umfangreich ist.

Eine Einladung des Völkerbundes an Deutschland.

Beratungen über den Resteverkehr.

Berlin, 24. September. (W. T. B.)

Wie wir hören, hat der Generalsekretär des Völkerbundes der deutschen Regierung eine Einladung zur Teilnahme an einer in Paris am 15. Oktober dieses Jahres beginnenden Tagung des vorläufigen Völkerbundsanknüpfes für Verkehrs- und Transportfragen übermitteln. Die deutsche Regierung hat die Einladung angenommen, und wird sich durch Delegation der beteiligten Länder in Paris vertreten lassen. Nach der Tagesordnung sollen in Paris in erster Linie die Maßnahmen beraten werden, die einer Erleichterung des internationalen Resteverkehrs, insbesondere hinsichtlich der Ausstellung direkter Fahrkarten sowie der Zeit- und Postbehandlung dienen könnten.

Staatssanleihe einfach ein, büßten zwar für eine Zeit ihr Prestige und ihren Kredit ein, aber sie konnten von neuem, meistens durch einen Afford mit ihren Gläubigern, ihre Finanzen sanieren. Diese Operation konnte nurbringen sein, weil die Gläubiger zum größten Teile Ausländer waren. In Deutschland aber ist das umgekehrt. Die Zahl unserer Auslands-gläubiger, Inhaber von Renten und Aktien, ist verschwindend gering im Vergleich zu den heimischen Gläubigern. Ein Staatsbankrott in Deutschland würde nicht nur hunderttausende, womöglich gar Millionen seiner und mittlerer Einkommen zur Strecke bringen, würde die meisten Gemeinde-, Provinzialverwaltungen, die Sparkassen und Banken, die ihre Läger mit Staatsanleihe und Schatzanweisungen vollgepfropft haben, finanziell vernichten und einen Wirrwarr und ein Elend herbeiführen, von dem man sich nur schwer eine Vorstellung machen kann. Das Ausland dagegen würde nicht nur hunderttausende, sondern Millionen seiner und mittlerer Einkommen aus uns für sich herauspressen und uns das und die Befähigung der Wiedergutmachungsleistungen zu erzwingen. Bezahlung der Wiedergutmachungsleistungen in die nicht nur die gesamte Finanzverwaltung Deutschlands in die Hand nehmen, sondern sich auch durch die Befreiung des Ruhrgebiets und die Lebensnotwendigkeit des Eisenbahnbetriebs fühlbar machen. Dieser Weg ist also ungangbar. Und die Devaluation, die Reform unserer Währung? Auch das hätte im Augenblick keinen Zweck. So lange es uns nicht gelingt, unseren Etat wirklich zu balancieren, so lange wir unsere Handelsbilanz nicht aktiv gestalten haben, wäre auch das ein ausichtsloser Versuch. Was nützte uns eine zwangsweise Herabsetzung unserer Papiermark auf einen bestimmten „Goldwert“, auf einen Kurs, der der Markvaluta im Ausland entspräche, so lange unser Warenimport größer ist als der Export, ohne daß wir, wie früher, durch Transporterleichterungen im internationalen Verkehr und durch zinsbringende Auslandsanleihen die ziffermäßige Differenz ausgleichen könnten? Was hülf uns eine Devaluation, so lange wir nicht die Mi-

liarden-Wiedergutmachungsforderungen der Entente in unser finanzielles Kalkül einstellen könnten, so lange alles, alles in allem, die Valuta wie ein Schiff mit zertrümmten Segeln von Wind und Wellen auf dem Meer herumgeschleudert wird und allen Schwankungen ohne jede Gegenwehr ausgeliefert ist?

Die Zeit, an eine Währungsreform heranzugehen, ist noch nicht gekommen. Der Weg zur allnächtlichen Gesundung der Finanzen kann nur über Brüssel und Genf führen. Mit anderen Worten: es handelt sich um ein internationales Problem. Es würde zu weit führen, wenn man auseinanderlegen wollte, daß sich gleich Deutschland fast ganz Mittel- und Osteuropa in derselben, vielleicht sogar noch schlechteren Finanzlage befindet. Die finanzielle Frage kann nur im engsten Zusammenhang mit der wirtschaftlichen gelöst werden. Wir sind, das muß einmal mit aller Deutlichkeit festgestellt werden, überhaupt kaum imstande, auf absehbare Zeit hinaus größere finanzielle Leistungen an das Ausland zu erbringen. Das gilt auch für die Wiedergutmachung. Es kann sich nur um Sachleistungen handeln. Wenn man uns aber, wie im Friedensvertrage und dann in Spaa, den größten Teil unserer Produktionsmittel: Handelsflotte, Eisenbahnmateriale, landwirtschaftliche Maschinen, Kohlen entzieht, wenn man uns selbst Oberdeutschland, die zweitwichtigste industrielle Produktionszone Deutschlands, befreit, wie sollen wir dann auch nur einen bescheidenen Teil der Sachleistungen ermöglichen?

Eine langfristige internationale Anleihe muß uns in der Hand geben, Rohstoffe und Lebensmittel aus dem Ausland zu beziehen, die Zinszahlung muß unferreicht in Warenlieferungen erfolgen. Die Wiedergutmachung muß in Sachgütern vor sich gehen. Verhandlung mit den großen Kolonialstaaten, wie England und Amerika, müssen uns die Möglichkeit geben, unserm über-

schüffigen Menschenmaterial Raum im Zustande und damit Erwerbsquellen zu schaffen, die der Heimat dann, direkt oder indirekt, zugute kommen, damit wir unsere Zahlungs-Litanz, was ehemals vor dem Kriege, auf diese Weise wieder allmählich aktiv machen können. Den Schlüssel dieser ganzen Maßnahmen sind dann die sehr schmerzhaften, aber notwendige Reformen zu bilden. Aber die Entscheidung wird nicht schnell fallen. Wäge endlich in Brüssel und in Genf die Einnicht in die Notwendigkeiten der Stunde den fallen Saß und den unabwehrigen Vernichtungswillen der Gegner überwinden. Es handelt sich nicht nur um das Schicksal Deutschlands, sondern letzten Endes um Gedeih oder Verderb des ganzen kontinentalen Europas.

Die Veranschlagung der Reichssteuern.

Aus dem Reichsetat für 1920.

In der Veranschlagung der allgemeinen Finanzverwaltung der Reichseinnahmen aus Steuern und Zöllen im Rechnungsjahre 1920 werden folgende Zahlen angeführt:

1. Die Einkommensteuer soll 12 Milliarden ergeben, von welchem Aufkommen den Ländern und Gemeinden 2/3 zu überweisen sind.
2. Die Körperschaftsteuer wird mit 9,5 Milliarden angelegt, wovon ebenfalls 2/3 den Ländern überweisen werden.
3. Von der Kapitalertragssteuer glaubt man im ersten Veranschlagungsjahre auf nicht mehr als 1,3 Milliarden rechnen zu können.
4. Die Gesamteinnahme aus dem Reichsnotopfer wird für 1920 auf 3 1/2 Milliarden geschätzt, wovon mit Rücksicht auf bare Vorauszahlungen 2,75 Milliarden aus Zinsen für die Zeit vom 1. Januar 1920 bis Ende März 1921 und 0,75 Milliarden auf eingehaltene Steuerbeträge entfallen dürften. Mehrere Einnahme soll zur Liebernahme von Kriegsanleihen, die zur Steuerzahlung eingeleistet werden, Verwendung finden. Das gesamte Aufkommen aus dem Reichsnotopfer wird auf 4,5 Milliarden veranschlagt.
5. Die Einkommensteuer ist mit 100 Millionen eingelegt.
6. Die Körperschaftsteuer soll 620 Millionen tragen, wovon 115 an die Länder zu überweisen wären.
7. Die Umsatzsteuer ist mit 3650 Millionen eingelegt, wovon 10 Prozent den Ländern und Gemeinden zugute kommen.
8. Die Grunderwerbsteuer soll 220 Millionen tragen, die zur Hälfte auf die Länder entfallen.
9. Die Reichssteuerabgaben werden mit 400 Millionen beziffert.
10. Die Abgaben vom Personen- und Güterverkehr können von 445 Millionen im Vorjahre auf 630 Millionen gesteigert werden, weil die Erhöhung der Tarife entsprechende Mehreinnahmen verheißt.

1. Die Kriegsabgaben vom Vermögenszuwachs werden nach Maßgabe der Zahlungsrufen mit 3 1/2 Milliarden auf das Jahr 1919, und 4 1/2 Milliarden auf 1920 veranschlagt.
2. Die Zolleinnahmen werden auf 2,5 Milliarden geschätzt, einschließlich des mit 1,8 Milliarden angelegten Goldaufgebotes.
3. Aus der Kohlensteuer sollen 4, Milliarden vereinnahmt werden.
4. Die Tabaksteuer wird auf 1 Milliarde bemessen.
5. Die Bierverhältnisse geben Anlaß, die Biersteuer mit nur 130 Millionen anzulegen.
6. Der bisherige Chaisatz der Weinsteuern betrug 100 Millionen; die Steigerung auf 250 Millionen entspricht einer vorläufigen Schätzung, denn es ist einigermaßen fraglich, ob der starke Weinboom angeht der gestiegenen Weinpreise von Dauer sein wird.
7. Der Ertrag der Schaumweinsteuer ist von 30 auf nur 100 Millionen herabgesetzt worden, obgleich die Steuer verdreifacht ist, doch erscheint es nicht geraten, die Steuer im ersten Jahre zu überschätzen.
8. Aus dem Branntweinmonopol werden auf verschiedene Voten insgesamt 320 Millionen Einnahmen nachgewiesen. Die rund 170 Millionen Einnahmen aus der Verwertung von Jandlandsbranntwein reichen freilich zur Deckung der Ausgaben nicht aus, das Geschäft mit ausländischen Branntwein gleicht jedoch den Verlustbetrag aus und ermöglicht es der Monopolverwaltung, außer 50 Millionen von der Selbstvermehrung, weitere 200 Millionen der Reichs-Kasse zuzuführen.

Vigo - Bucht.

Von Reinhard Weer. [Nachdruck verboten.]

Streifende Momen warfen sich um das Schiff, dicht am Kajütenfenster vorbei, das sie fast mit ihrem Flügelstöße zu streifen schienen. Blid aus dem Buloage zeigte eine heitere, grüne Berglandschaft mit weißen Häusern rings um glattes, blaues Wasser gestellt. Man konnte sich auf einen der oberberühmten Zaun verlag glauben. Aber an einer fernem, kleinen See wald die Berggipfel, um ein Stück offener See mit unendlichem Horizont erdimmern zu lassen, durch das wir am frühen Morgen heringehraut waren, und durch das wir am Abend wieder entgleiten würden. Wir waren im Golf von Vigo.

Mit dem Werten Golf, Bucht, Bai verbindet sich die Vorstellung von etwas Gedächtnis, Berühmtem, Vergessenen, das suggestiv auch Verdrängung ausstrahlen vermag. Solcher Vorstellung entspricht der Golf von Vigo in geradezu idealer Weise, er ist laut wie sein Name und von demselben Schmelz überhaucht. Eine gültige Sonne steht über dieser Bucht, läßt ihr einen süßen Wein an den Säugen reifen und schüttet den Menschen allen Lebensbedarf zwar nicht überreichlich, aber doch vollkommen in den Schoß, ohne daß sie sich viel darum zu mühen brauchen. Die Vorliebe hat Vigo sicher zu einem Ort des Glückseligens bestimmt, und die Menschen sollten ihr nicht ins Handwerk pfeifen.

Wie gingen an Land, eine kleine Gesellschaft von Holländern, Engländern und Deutschen, die sich des spanischen Bijoux erfreuten, sahen uns in dem malerischen Schmuß der Stadt um. Ob Vigo wirklich eines der unanberühnten Plätze der Erde ist, wie sein Ruf besagt, vermag ich nicht zu beurteilen, ich hatte Schimmeres erwartet, aber vielleicht ist der Deutsche heute in diesem Punkte nicht mehr ein sehr kritischer Beurteiler. In Geraden vermochte die Geradenheit nicht mit einigen Lebensfragen von zweifelhafte Fruchtlichkeit aufzuwarten. Aber schon ist sie dennoch, die weitergehende wie in einen Garten Eden gebietet liegt, hügelhaft und hügelhaft steinige Straßen und Wege leidend, an den Sängen keine Willen von so einladender Freundlichkeit, daß man, alle paar Minuten vor einem dieser Häuser stehen bleibend, in den Mühen verliert: „Hier möchte ich leben!“, um ein paar Dutzend Schritte weiter zu wiederholen und sich für ein anderes Zustium zu entscheiden: „Nein, hier muß man leben, um wahrhaft glücklich zu sein.“ Ach, der Weg durch Vigo war mit widererren Wünschen solcher Art gepflastert! Aber als man schließlich, zwischen Weinbergen in stechender Sonne mühselig über die Stadt emporgeklüftet, tief drunten die „Rabotania“ mitten in der Baumgärten der Bai liegen sah, ein Riesenspielzeug von raffiniertester Präzisionsfertigkeit der Ausführung, fremd wie ein Bote

19. Die Zudersteuer wird nach den Ergebnissen der Vorjahre mit 100 Millionen in Erhöhung gestellt.

20. Die Zündwarensteuer konnte infolge der Verdoppelung der Steuerhöhe von 22 auf 50 Millionen erhöht werden, die Zündmittelsteuer bleibt mit 15 Millionen Ertrag auf ihrer bisherigen Höhe.

21. Die Spielfartensteuer, die 1919 2 Millionen einbringen sollte, ist im Hinblick auf das neue Gesetz vom 10. September 1919 sechsfach höher veranschlagt worden.

Das Programm des Präsidenten Millerand.

Vollständige Durchführung des Versailler Vertrages. — Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik.

Verfaßt, 28. September. (W. I. B.)

Nach der Sitzung der Nationalversammlung übergab Justizminister L'Espiteau Millerand die Artunde seiner Ernennung zum Präsidenten der Republik und brachte ihm im Namen der Regierung seine Glückwünsche dar. Millerand antwortete unter anderem: „Das siegreiche Frankreich muß seine Kräfte wieder aufbauen, es muß seine Wunden verbinden, und um dies zu erreichen, muß es die vollständige Durchführung aller auf der Grundlage des Versailler Friedensvertrages ihm gegenüber eingegangenen Verpflichtungen erlangen. Eine neue Parole ist ins Leben gerufen worden, die französische Demokratie muß im Einvernehmen mit ihren Alliierten über den Fortbestand und ihre weitere Entwicklung wachen. Der Präsident der Republik hat die besondere Aufgabe, unter Mitwirkung der Minister und der Präsidenten der Kammern die Fortsetzung einer Außenpolitik zu sichern, die unteres Sieges und unserer Toten würdig ist. Wenn auch die unvergleichlichen Dienste, die die Republik seit 50 Jahren dem Lande erwiesen hat, sie vor jeder Disfaktion schützen, so zeigen doch die Erfahrungen eines halben Jahrhunderts, daß im Interesse Frankreichs wie auch der Republik selbst die Sehen zu geben und in die Geleise aufzunehmen sind, sobald es die Schwereigkeiten der Stunde verlangen. Auf ihre Überwindung müßten zuerst alle Anstrengungen der Franzosen, in Brüderlichkeit geeint wie im Kriege, hingelen. Die Rede Millerands wurde mit langanhaltendem Beifall aufgenommen. Darauf begab sich der neue Präsident ins Elysée, wo ihm der Justizminister das Rüktrittsschreiben des Kabinetts überreichte. In einigen bewegten Worten dankte L'Espiteau dem gewesenen Ministerpräsidenten für das große Vertrauen, das er seit der Bildung des Kabinetts dessen Mitgliedern entgegengebracht habe. Hieraus staltete Millerand den Präsidenten der Kammer und des Senats einen Besuch ab und empfing die Vorliegenden der verschiedenen Parlamentsgruppen. Er erklärte ihnen, daß er zur Fortsetzung des unternommenen Werkes darauf zähle, mit den Mitgliedern des Parlaments in enger Fühlung zu bleiben.“

Millerand hat gestern vormittag die Vespredungen mit dem Präsidenten der Kammer und des Senats aufgenommen, um ein neues Ministerium zu bilden. Nähere Einzelheiten über das Ergebnis der Vespredungen liegen noch nicht vor, da sie geheim gehalten werden.

Der Großkanzler der Ehrenlegion, General Dubail, überreichte dem neuen Präsidenten Millerand die Insignien des Ordens, auf dem alle bisherigen Präsidenten der Republik eingraviert sind.

„Populaire“ meldet: Die Syndikalistin des Seinedepartements haben am Mittwoch den Beschluß gefaßt, für den Fall einer Verfassungsänderung durch den Präsidenten Millerand, die nicht im Sinne des Protektariats erpigen würde, den allgemeinen Streik zu verhängen. Der „Matin“ schreibt dazu, daß die extreme und sogar die gemäßigte sozialistische Presse einen gehässigen Feldzug gegen den Präsidenten Millerand begonnen habe.

Harding über die amerikanische Politik.

London, 24. September. (W. I. B.)

Ein Berichterstatter der „Westminster Gazette“ hatte in Paris (Ohio) eine Unterredung mit dem republikanischen Präsidentschaftskandidaten Harding, in der Harding u. a. erklärte, er möchte die europäischen Anleihen in Obligationen

aus einer anderen Welt und doch einladend wie ein Feenland, da fand sich, daß man unversehens den Wunsch auf den Lippen formte: „Ach, dort auf dem Schiffe leben können!“, und dieser letzte Wunsch meinstens dürfte, wie die Dinge lagen, seiner Erfüllung gewiß sein. Freilich: hinter jeder Erfüllung blaut neue Sehnsucht.

Noch höher auf dem Berge überm Golf lockte mit edigen, gewinkelten Formen ein altes Fort, dorthin mußte geklettert werden. Sie brütete über Stadt und Wasser, sochte den Trabanten in den Weinbergen und sahien auch das Blut zum Kochen bringen zu wollen. Wir kamen unkontrolliert durch zwei, drei Tore zwischen die vermauerten Wälle, deren Krüpfung wohl bis in eine ferne Mauer- oder Ritterzeit zurückführt, und sahen hinterher auf die sanfte Bucht und die weiche Stadt hinunter. Anbacht des Betrachtens störte ein Solbal, dem Hoch und Sole offenstanden, der aber zur Erhöhung der Würde seiner Erdenheimung einen Helm aufgelegt hatte. Er verlangte einen Anweis, eine Speziallaubnis für den Besuch der Festung, was aber durchaus zutrafen, als ich ihm zuerst meinen Paß hob dann die Rechnung eines Amsterdamer Hotels mit wunderbarem Quittungsstempel, der sichtlich besonderen Eindruck machte, unter die Nase hielt. Er schien zu überlegen, ob er zu meiner Ehre die Waage unter Gewehr rufen sollte, nahm aber schließlich davon Abstand und zog sich mit ungeheurer flatternder Hose in das kleine Wohngebäude des Nachkommans zurück. Also durften wir noch einmal zur Betrachtung der Aussicht auf den äußeren Wall hinuntertreten. Und da bogal sich das Sonderbare, daß die schweifenden Wände, die von einer Eins gefamelt, sich immer wieder auf dem Schiff in der Bai bewundernd vereinigten. Ist das, der Natur ins Handwerk pfeifen“ wieviel doch nicht unter allen Umständen das Liebe! In dieser einigartig schönen Landschaft kehrte das Auge jedoch wieder zur Betrachtung von Menschentum zurück, das sich lo doch eigentlich als die Krone der Schöpfung, soweit man sie hier überblenden konnte, erwies.

Einzelne Wanderskizzen auf freigen Wegen zwischen alten Mauern in den dunstgelbverwandelten Häuserbereich. An der Tür einer halberfallenen Hütte eine Kreidtafel: „Vive l'Allemagne!“ Dank, schönes Vigo, auch für diese Kleinigkeit.

Die Aussicht aus der Bucht gleitete in beiden Seiten des Felsgebirge von einer erschütternden Schöpfung und Unerreichbarkeit. Eine kleine Siedlung mit weitem Turm, etwas wie ein Kloster, liegt da hoch auf einer steil übers Wasser geduckten Insel in einer Himmelseinfamkeit, die kaum mehr ertragbar scheint, ein ferres Ahalun, eine Grafsburg zwischen See und Sternen, unnahbar menschlichen Schritten. An der portugiesischen Küste liegt sich das Gefährte fort, Berg an Berg ohne Pflanzenwuchs, graubraune Steinmassen von wilder, trostloser Erträchtigkeit. Die entthronen Götter und abgedankten Tränen, die hier ihre Heimat haben, sahen uns in das Purpurrot der südlichen Nacht entweichen.

umgewandelt sein, sobald die europäischen Staaten dies tun könnten. Er würde die amerikanische Expolpolitik nicht ablehnen wollen, um die Bezahlung zu erleichtern. Jede Nation mußte ihren eigenen Wirtschaftsprobleme lösen. Er sei Protektionist und wolle die Begünstigung der amerikanischen Erzeugnisse auf den amerikanischen Märkten, Harding fuhr fort: „Wenn wir unter eigene Produktion benachteiligen, dann werden wir unser Vermögen ruinieren. Für europäische Produkte, die nicht mit unseren eigenen Erzeugnissen konkurrieren, werden wir Käufer, und zwar edelmütige Käufer, werden, und wir hoffen, die Handelsbeziehungen für die Wiederherstellung der Welt zu ermutigen, aber wir denken nicht daran, unsere eigene Betriebsamkeit zu unterbrechen, um die Biquidierung zu ermöglichen.“

Kein Richtungswechsel in der italienischen Politik.

Giolitti gegen die Vereitelung der Genfer Konferenz. (Telegramm unseres Korrespondenten.) Rom, 24. September.

Zu dem angeblichen Richtungswechsel Giolittis im französischen Sinne schreibt der Reapler „Mattino“: Solche Behauptungen scheinen absurd, da die Nation dem Premier auf seinem Wege nicht folgen würde. Ganz abgesehen davon, daß Giolitti an einen derartigen Wechsel überhaupt nicht denke. Am zur Politik des Jahres 1915 auch nur im Geiste zurückzukehren, müßte Italien seine ungeheuren Illusionen und Enttäuschungen vergessen haben, und hierzu werde sein halbes Jahrhundert ausreichen. Italiens heiter Wunsch sei vielmehr, ein demokratisches Deutschland erstarken zu sehen. Der „Resto del Carlino“ erklärt noch über die Verhandlungen in der Kommission für auswärtige Angelegenheiten: „Giolitti wurde befragt, ob Italien Frankreich die Erlaubnis erteile, das Ruhrbecken, ohne das Gutachten des Obersten Rates einzuziehen, zu besetzen. Giora erwiderte auf entscheidende „nein“ und fügte hinzu, daß die italienische Politik innerhalb und außerhalb der Grenze ihre Richtung weder wechseln noch wechseln werde. Auf der Frage, warum Giolitti die unbestimmte Vertragung der Genfer Konferenz zuseh, antwortete Giora, die Pariser Redungen hierüber seien unrichtig. Italien und England wollen durchaus, daß die Konferenz statfinde. Das Blatt fuhr fort, die italienische Politik gegenüber Deutschland zu besprechen, und legte, „Es wäre ein großer Fehler, auf Wunsch Frankreichs italienische Truppen aus Oberitalien zurückzuziehen, wo dieselben der einzige Schutz der deutschen Bevölkerung seien. Diese Ansicht vertritt auch die sozialistischen Deputierten, welche sonst für Heimkehr der Truppen waren. Von gewisser Seite möchte man sogar die Regierung antregen, in Oberitalien die Erziehung der französischen durch italienische Truppen zu betreiben.“ Das „Giornale d'Italia“ meldet, die Arbeiter der Textil- und chemischen Industrie forderten, daß die Zollkontrolle über auf ihre Industrie ausgedehnt werde. Die sonstige Polizei erhielt die Weisung, künftig keine Besetzung von Häusern mehr zu dulden und eventuell Gewalt anzuwenden.

Ergebnisse der Entwaffnungaktion.

Ablieferungen in Groß-Berlin.

Die bisherigen Teilergebnisse der Entwaffnungaktion für die Woche vom 15. bis 21. September für Berlin und Vorort stellen sich folgendermaßen dar: es wurden abgeliefert: 14000 Gewehre und Karabiner, 1500 Revolver und Pistolen, 170 Maschinengewehre und Maschinepistolen, 2 Geschütze, 4700 Handgranaten, 425000 Kleinmunition und eine große Zahl von Waffenteilen, darunter drei Geschützrohre.

* Die freiwillige Polizeitruppe in Ostpreußen, die zur Bewaffnung der übergetretenen Russen aufgestellt worden war, und deren Auflösung ursprünglich am 10. Oktober stattfinden sollte, müssen nach neueren Forderungen der Genfer Konferenz am 1. Oktober aufgelöst sein. Es finden gegenwärtig Verhandlungen statt, um diesen Termin um einige Tage zu verlängern.

XX „Stitus Reinhardt.“ Dieser Titel einer eben im Verlag Heinrich Tilgner in Potsdam erschienenen Schrift Franz Reinhard Baumgartens erinnert an die Professor „Stitus Hülsen“, mit der sich bereits Paul Schenker auch Kritiker habilitierte. Baumgarten, der sich als Erfinder Gerardo Ferdinand Wagners bekannt gemacht hat, faßt in methodischer Gedankenfolge zusammen, was die Theaterkritik in vielen Einzelheiten gegen das Prinzip des Massentheaters und gegen die besonderen Mängel des Großen Schauspielhauses oft hat äußern müssen. Diritig aufstich und allgemein künstlerische Einwände sammeln sich in den Betrachtungen Baumgartens zu der Behauptung, daß das Reichshaus und die Reichsbühne dem Drama in seiner heutigen Entwicklung nicht gerecht werden können. Sehr wirksam wird nachgewiesen, daß der oft gezeigte Vergleich mit den gewaltigen Volkstheatern der Antike ganz im Widerspruch steht und daß die Hellens an der einen unmöglichen Fatale vorübergeht, daß die Hellens beisehen, was wir immer noch hoffnungslos erkennen, nicht leicht eine dem Gefühl entkoppelte Nationaldichtung Baumgartens wird sehr heilig, ganz allgemein gegen gewisse Volkstheater von heute, gegen die „Zivilisationskriterien“, die in ihm selbst angenommenen Wapen ebenso zu rekonstruieren wie früher die „Hof“-Theater mit dem ihrigen — im besonderen aber gegen die Reinhardt. Baumgartens sachliche Einwände sind sehr diskutierenswerte Schöpfungen oder erleichtern die Debatte nicht. Doch ist ja das Experiment „Großes Schauspielhaus“ noch nicht völlig abgeschlossen. Aber auch wenn alle bunten Vorzeichen eintreffen, wird man wohl von einem Irrtum sprechen, aber auch sagen müssen, daß dieser Irrtum freilich und bedeutungsvoll gewesen ist.

o Theaterkritik. Das neue Drama Ernst Toller's „Wall in der Luft“, welches bisher von der Kritik übersehen war, ist nunmehr freigegeben worden. Es wird noch in dieser Zeit bei an mehreren großen Bühnen zur gleichzeitigen Aufführung kommen.

Walter v. Molo hat sein neues Schauspiel „Die hellen Nacht“ zur Berliner Erstaufführung dem neu gegründeten Theater der Vorberberghöhe überlassen.

Die Deutsche Nationalbühne beginnt in der zweiten Hälfte des Oktober ihre zweite Spielzeit. Es werden übertragene Stammlaufführungen auf zehn Vorstellungen, und zwar auf sieben Schauspiel- und drei Opernvorstellungen lauten, ausgearbeitet.

7 Professor Dr. Paul Schüring, Dozent an der Berliner Technischen Hochschule, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl der Kunstgeschichte an der Technischen Hochschule in Hannover als Nachfolger Erbschlags erhalten und angenommen. Professor Schüring ist 1889 in Godesberg geboren, war 1899 bis 1905 Lehrer an der Berlin-akademischen Hochschule für die bildenden Künste und erhielt später die Dozententitel für Geschichte des Kunstgewerbes an der Technischen Hochschule in Charlottenburg. Sein Arbeitsgebiet ist Kunstgeschichte und italienische Renaissance.

Der Abschluß der Magistratswahl.

Die Sozialdemokratie unter sich.

P. M. Die Wahl des neuen Magistrats in der Stadtverordnetenversammlung hat gestern eine unerwartete Wendung genommen. Nachdem schon am Mittwoch die Deutschnationale Partei erklärt hatte, daß sie sich an der Wahl der Stadträte nicht beteiligen werde, schlossen sich gestern die Mitglieder der Deutschen Volkspartei und schließlich auch der Deutschdemokratischen Partei diesem Vorgehen an. Allerdings verließen sie vorher noch einmal, dem Grundgesetz der Verhältniswahl bei der Berufung der zwanzig politischen Stadträte zur Durchführung zu versehen. Als aber dieser Antrag von der geschlossenen sozialdemokratischen Mehrheit abgelehnt worden war, räumten sämtliche Mitglieder der „bürgerlichen“ Parteien den Sitzungssaal. Die beiden sozialdemokratischen Parteien blieben unter sich. Die von einigen bürgerlichen Stadtratsmitgliedern geäußerte Erwartung, daß nun die Kumpfortsetzung beschlußfähig sein würde, erfüllte sich nicht. Die Mitglieder der Linken hielten Handhabe aus und legten das Wahlgeschick fort. War auch die Zahl der abgegebenen Stimmzettel nicht imponierend, so reichte sie doch aus, da in jedem einzelnen Wahlbezirk mindestens 116 Wahlzettel ausgegeben wurden, während zur Beschlußfähigkeit die Zahl von 118 Mitgliedern genügt. Da auch eine Erörterung der vorgeschlagenen Kandidaten sich erübrigte, so ging das Wahlgeschick sehr glatt von statten, und gegen 10 Uhr abends waren sämtliche zwanzig politischen Stadträte, natürlich durchweg nach der sozialdemokratischen Liste, gewählt. Neben anderen Kandidaten von sehr zweifelhafter Befähigung und Eignung zum Groß-Berliner Stadtrat wurde auch Herr G. M. S. gewählt; auf der anderen Seite muß erwähnt werden, daß die sozialdemokratische Mehrheit auch an den demokratischen Kandidaten Löhring und Simonsohn fehlte. Die zwanzig neuen Stadträte wurden in folgender Reihe gewählt:

- Stadtrat Lorenz, Charlottenburg (S. P. D.) mit 112 Stimmen (19 abgegebene Zettel).
- Stadtrat Brühl, N. S. P. D. mit 110 Stimmen (115 Zettel).
- Redakteur G. M. S. (S. P. D.) mit 103 Stimmen (115 Zettel).
- Stadtrat Gabel-Nichtenberg (S. P. D.) mit 108 Stimmen (115 Zettel).
- Stadtrat Hingep, Berlin (S. P. D.) mit 115 Stimmen (115 Zettel).
- Stadtrat Robbenz, Berlin (S. P. D.) mit 113 Stimmen (116 Zettel).
- Redakteur im Reichsanzeiger-Verlag Kahl (S. P. D.) mit 118 Stimmen (116 Zettel).
- Stadtrat G. M. S. (S. P. D.) mit 114 Stimmen (116 Zettel).
- Stadtrat Köhling, Berlin (S. P. D.) mit 106 Stimmen (116 Zettel).
- Gewerkschaftsangehörer G. M. S. (S. P. D.) mit 106 Stimmen (116 Zettel).
- Stadtrat Pöschel, Berlin (S. P. D.) mit 113 Stimmen (115 Zettel).
- Stadtrat Radtke, Neudamm (S. P. D.) mit 113 Stimmen (116 Zettel).
- Stadtrat Ranke, Berlin (S. P. D.) mit 108 Stimmen (116 Zettel).
- Redakteur Schöning, Charlottenburg (S. P. D.) mit 102 Stimmen (116 Zettel).
- Stadtrat Simonsohn, Berlin (S. P. D.) mit 106 Stimmen (116 Zettel).
- Gewerkschaftsangehörer Stoff (S. P. D.) mit 111 Stimmen (116 Zettel).
- Stadtrat J. F. Berlin (S. P. D.) mit 108 Stimmen (116 Zettel).
- Stadtrat Meier, Berlin (S. P. D.) mit 107 Stimmen (116 Zettel).
- Präsident W. G. Berlin (S. P. D.) mit 80 Stimmen (116 Zettel).
- Stadtrat W. G. Berlin (S. P. D.) mit 80 Stimmen (116 Zettel).

Damit ist der Magistrat formell zu Ende, und die für die nächsten Tage in Aussicht genommenen Stadtverordnetenversammlungen werden hinfällig. Aber es fragt sich natürlich, ob die gegenaktiven in der preussischen Landesversammlung die Forderung einer Zusammenfassung des neuen Magistrats aus besoldeten und unbesoldeten Stadträten und einer Wahl der unbesoldeten Stadträte nach dem Proporz neu aufgestellt werden. Der Oberpräsident von Brandenburg und die preussische Regierung werden sich darüber klar werden müssen, ob es zutrifft ist, zwanzig neue Stadträte zu bestätigen, die eine schwere finanzielle Belastung der Einheitsgemeinde bilden würden, wenn schließlich das Prinzip der Zusammenfassung des Magistrats aus besoldeten und unbesoldeten Stadträten sich durchsetzen sollte. Vorläufig sind nur die am Mittwoch gewählten Sachverständigen beauftragt worden. Sie werden die weitere Entwicklung ab, müssen aber unter anderem darüber ausprechen, daß bei der Zusammenfassung des neuen Magistrats die demokratischen Grundzüge in größtmöglicher Weise preisgegeben wurden. Nur durch das Zusammenarbeiten aller Parteien kann der Wiederaufbau der Berliner Gemeinde aufzuhebe gebracht werden. Die Sozialdemokraten beider Richtungen fühlen sich ansehnlich gut genug, dieses Kiefenwerk auf die eigenen Schultern zu nehmen. Es muß sich sehr bald zeigen, ob sie ihre Kraft nicht überschätzt haben.

Die Abänderungsanträge für Groß-Berlin.

Der Ausschuss für Groß-Berlin der preussischen Landesversammlung beriet über die zum Gesetz für Groß-Berlin eingebrachten Abänderungsanträge. Der deutschnationale Abgeordnete verlangte von der Staatsregierung, daß sie den Oberpräsidenten in Aussicht nehme, vorläufig den gewählten Magistratsmitgliedern die Bestätigung zu erteilen, bis die Verwirklichung der Abänderung des Gesetzes erledigt ist. Staatsratspräsident hielt das für sehr schwerfälliger und wies darauf hin, daß ja ein Vertreter des Oberpräsidenten im Ausschuss vorhanden sein würde. Von sozialdemokratischer Seite wurden hingegen Bedenken geäußert. Aller Voraussicht nach werde man über den Beratungen bis zum 1. Oktober nicht zu Ende kommen. Dann würde der Fall eintreten, daß in der neuen Stadt der Magistrat keine Instanz vorhanden ist, die die Geschäfte führen kann. Die Verantwortung dafür lehnten die Sozialdemokraten ab.

In der Abstimmung wurde der deutschnationale Antrag, der die Ausführung des Gesetzes auf bestimmte Zeit aussetzen wollte, mit 12 gegen die 5 Stimmen der Mehrparteien abgelehnt. Das Zentrum enthielt sich seiner Stimmen. Abgelehnt wurde auch der Abänderungsantrag der Deutschen Volkspartei, der das Gesetz erst am 1. April 1921 in Kraft treten lassen wollte. Sodann entspann sich eine Debatte über die Zusammenfassung des Magistrats, namentlich über einen Antrag des Reichstags (Anhang), der verlangte, daß dem Magistrat mindestens drei unbesoldete Mitglieder angehören müssen. Diese Abänderungsanträge wurden jedoch abgelehnt. Am Ende wurde ein Antrag angenommen, nach welchem der Magistrat aus mindestens 30 Mitgliedern besteht, von denen mindestens zwölf unbesoldet sein müssen.

Der Beschlusausschuss der preussischen Landesversammlung nahm in seiner heutigen Sitzung Kenntnis von einer Abänderung Nummer 449 des „Berliner Tageblatts“ über eine Eintragung in der Bezirksverwaltung. Von allen Fraktionen wurden die in dieser Veröffentlichung erwähnten Erörterungen als neue und unverständliche Erörterungen von Abgeordneten aus dem Verstand bestritten. (Wir haben in dieser Mitteilung gleichfalls ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es sich um unverständliche Grundzüge gehandelt hat.) Die Red. Dann wurden von dem Ausschuss die Beschlüsse für die gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss des Reichstags vorgenommen.

Ein neuer Beweis für die Einsteins-Theorie.

Das Rededuell Einsteins-Lenard.

Die Rotverschiebung im Sonnenspektrum.

(Telegramm unseres Sonderberichterstatters.)

G. S. Bad Nauheim, 28. September.

Wie wir schon gemeldet haben, spielte sich heute unter ungeheurerem Interesse bei mit Spannung erwarteter große Einsteins-Debatte des Naturforschertages ab. Der Saal des Badehauses war bis auf die letzte Ecke gefüllt.

Alle unsere großen Physiker, auch die Astrophysiker, und eine Menge Interessierter aus anderen Wissensgebieten hatten sich eingefunden. Der scharfe Massenandrang war es, der sich nicht nur vornehmlich her. Ihm gegenüber sitzt in der vordersten Reihe der, um dessen Werk es geht, Einsteins. Was die Physiker in Erwartung und zur Abwehr der tolosalen Naturum angefangen hatten, bewährte sich: Die Stellung wird die Theorie in rein wissenschaftlicher, streng mathematischer Form behandelt. Die Einzelheiten der Darlegungen und der vorgebrachten Beweisführung entziehen sich dem auch der summarischen Wiedergabe in eigener Berichterstattung. Als erster spricht **Went** (Jülich) über seine Theorie von „Elektrizität und Gravitation“, dann **Professor Heise** (Göttingen), das elektrische Feld eines um ein Gravitationszentrum rotierenden geladenen Korpers, endlich **Dr. Zane** (Berlin) über „neue Versuche zur Optik bewegter Körper“. Es handelt sich Differential-, Koordinatenvariablen, elementare Wirkungsquanten, Transformationen, Vektorialsysteme usw. Geplant laufen die Reden. Einsteins lehrerhaft. Rubens mit seinen bezeichnenden Kopfhörern, Kernst erhabenen Hauptes, Franz inoffiziell lächelnd, Söder in bequemer Stellung die Rede betrachtend. Dem Saal aber graut es. Einzelne verlassen den Saal, die meisten aber harren in der Schwüle tapfer der Dinge, die da kommen sollen. Und sie werden nicht betrogen.

Professor Grebe aus Bonn erweist jetzt das Wort. Und was er berichtet, ist der Aufwands wert: Einsteins Theorie hat ihre vorläufige Bestätigung erfahren durch die gelungene Vermessung der Rotverschiebung und der Abblaufzeit im Gravitationsfeld der Sonne. Es schließt sich der **Nachweis der von Einsteins geforderten Rotverschiebung der Spektrallinien der Sonne**. Dazu muß das Absorptionsspektrum der Sonne mit einem irdischen Emissionsspektrum verglichen werden. Mangelnde Einflüsse machen die Messungen schwierig. Wir fanden aber schließlich im Vanden-Spektrum des **Stid Hoffes**, dem früher so genannten Champ-Spektrum, ein gut verwertbares Spektrum. In der Vergleichs-Spektren wurde im Rotlichtbogen erzeugt. An jeder einzelnen Linie wurden zwanzig bis vierundzwanzig Messungen gemacht. Es folgt ein Projektionsbild, das in mehreren Gruppenpaaren die Abweichungen zwischen Sonnen- und irdischen Spektrallinien, zugleich aber auch die Schwierigkeiten der Beobachtung und die vielfachen gegenseitigen Störungen der Linien zeigt. Redner fährt fort: „Der von uns gefundene Unterschied in der Lage der Linien stimmt gut überein mit dem anderer, amerikanischer Beobachtungen. Jedoch wird die Verschiebung bei den einzelnen Linien variiert. Berücksichtigt man aber die gegenseitigen Beeinflussungen, so kommt man zu einem Wert von etwa 0,66, der mit dem Einsteinschen Wert für die Verschiebung von 0,62 bis 0,63 übereinstimmt. Zweifelslos müssen noch weitere Experimente gemacht werden. Aber wir haben jetzt schon guten Grund zu der Annahme, daß die von der Einsteinschen Theorie verlangte Rotverschiebung wirklich vorhanden ist.“

Nun eröffnet **Blanc** die Diskussion. Einsteins ist der erste Redner. Unwillkürlich tritt feierliche Stille ein. Einsteins bespricht die Wechselseitigkeit. Wehl, Wie, Zane sprechen weiterhin. Es handelt sich jetzt um die vorhin gehaltenen Vorträge. Dann kommt die **Generalabstimmung über die Relativitätstheorie** überhaupt. Sie ist ein Zweigespräch zwischen **Geheimrat Lenard** (Heidelberg) und **Einsteins**, der sein eigener Anwalt ist. Jetzt kam er der nicht auf den Höhen der Wissenschaft Thronen wieder leidlich folgen. Es kommt Leben in die Menge. Die gestirnten Blicke konzentrieren sich jetzt auf die beiden Gegner. Es ist wie ein Turnier. Lenard läßt nicht locker, aber Einsteins pariert vorzüglich. Hinter mir steht **Weyland**, der Berliner Einsteins-Fürer. Auf dem Boden dieser wissenschaftlichen Verammlung hält er sich im Hintergrunde

der Ereignisse und gibt kein Interesse nur durch nervöses Schütteln der Hände und leise Beißzähne bei **Lenards** Worten zu erkennen. Dieser sagt: „Ich beweise nicht in Formeln, sondern in den tatsächlichen Vorgängen im Raume. Das ist die Kraft zwanglose Einsteins und mir. Gegen seine spezielle Relativitätstheorie habe ich gar nicht. Aber seine Gravitationslehre? Wenn ein fahrender Zug kommt, so tritt doch die Wirkung tatsächlich nur im Auge auf, nicht draußen, wo alle Kräftepaare stehen bleiben!“

Einsteins: Die Erscheinungen im Auge sind die Wirkungen eines Gravitationsfeldes, das induziert ist durch die Gesamtheit der näheren und ferneren Massen.

Lenard: Ein solches Gravitationsfeld müßte doch auch anderweitig noch Wirkung hervorbringen, wenn ich mir sein Vorhandensein nicht auch machen will!

Einsteins: Was der Mensch als nicht-ausschaulich betrachtet, ist großen Änderungen unterworfen, die eine Funktion der Zeit. Ein Zeitgenosse Galileis hätte dessen Mechanik auch für sehr unanschaulich erklärt. Diese „anschaulichen“ Vorstellungen haben ihre Wurzeln, genau wie der viel zitierte „gelunde Menschenverstand“. (Heiterkeit.)

Lenard: Diese Diskussion wird unfruchtbar. Eine andere Frage: Wenn die Erde rotiert, so sagt Einsteins, man könne sagen, die Erde ruhe, und alle Materie rotiere um sie. Dann kommt man aber für die fernsten Gestirne zu Geschwindigkeiten, die weit über Lichtgeschwindigkeit liegen. Diese soll nach der Theorie aber eine Grenzgeschwindigkeit sein. Das ist ein Widerspruch in sich.

Einsteins: Nein, die Lichtgeschwindigkeit ist Grenzgeschwindigkeit nur für die geradlinig gleichförmigen Bewegungen der speziellen Relativität; bei beliebig bewegten Systemen können beliebige Geschwindigkeiten des Lichts auftreten.

Es greifen dann noch verschiedene Herren in die Debatte ein, der Wert und Sinn von Gedankenexperimenten, die „Auff“ zwischen mathematischen und praktischen Physikern, philosophische und erkenntnistheoretische Fragen werden gestreift. Da aber, wie Professor **Blanc** humorvoll bemerkt, die Verammlung nicht beschließen kann, daß die absolute Zeit von 9-1 länger als vier Stunden dauert, so muß man sich schließlich trennen.

Erfinder und Erfindungen.

Für das staatliche Erfindungsinstitut.

(Telegramm unseres Sonderberichterstatters.)

G. S. Bad Nauheim, 28. September.

In der Sitzung der Philosophen sprach heute nachmittags Professor **Sommer** (Gießen) über die Psychologie der Erfinder. „So einen kleinen Vogel“, begann er, „hat in den Augen der heutigen Welt wohl jeder Erfinder. Ich habe mich mit den Erfindungen ausgeprägter Psychopathen befaßt und da interessante Erscheinungen angefallen. Ich habe sie Modelle aufstellen lassen. Einige brachten ganz achtsame Arbeiten heraus, z. B. einen Aufnahmegerät, den das Kriegsministerium als ganz brauchbar, aber überholt bezeichnete. Es ist das Verdienst unserer Kollegen, die Bedeutung des menschlichen Geistes in diesem Bereich zu haben. Es kommen für die Erfindertätigkeit drei Momente in Betracht: Erstens die Erfindertätigkeit, zweitens die technische Durchbildung und drittens die kaufmännische Verwertung. Es ist ein biologisches Gesetz, daß die Erfinder diese letztere Fähigkeit meist nicht besitzen. Das ist die Tragik des Erfindertums. Deshalb habe ich meine Bestrebungen auf die **Erziehung eines deutschen Erfindungsinstinfts** gerichtet. Die Organisation muß dem Erfinder die kaufmännische Verwertung seiner Ideen abnehmen, ohne ihn um den Ertrag seiner Arbeit zu bringen. Man kann die ganze geistige Konstitution des Erfinders verstehen. Er hat eine gewisse Zahl der verschiedenen Eigenschaften. Wir haben das bei **Leonardo da Vinci**. Auch in seinen Gemälden werden die verschiedenen Elemente miteinander, sonst hätte er nicht an einer Mona Lisa jahrelang malen können. Die vollkommenste Zucht ist **Graf Zeppelin**. Eine niederdeutsche Adelsfamilie, feile, aus Nüchtern eingestellter Charaktere, verbindet sich im Süddeutschen mit geistig hochstehenden Bürgerfamilien von kaufmännischem Geschick. Aus solchen Ehen haben heterogenen Eigenschaften entstehen die bedeutendsten Erfinder.“

Der Weissenfer Kommunistenprozeß.

Zusammenstoß des Verteidigers mit dem Vorsitzenden.

Am Freitag wurde in der Vernehmung der letzten Angeklagten fortgesetzt. Die Angeklagten **Weyand**, **Wagner** und **Jacob** bestritten, irgend etwas von einer Kampfgesellschaft zu wissen. Es folgt dann die Vernehmung des Angeklagten **Michaelis**, der von allen Verhältnissen als der **Hauptangeklagte** bezeichnet wurde. Er schildert, wie er kommunistisch wurde und in die Weissenfer Kampfabteilung kam, die lediglich gegründet worden sei, um einen **zweiten Kapp-Putsch** zu verhindern. Er sagt aus: Zu jener Zeit war eine große Arbeitslosenemigration geplant, und ich wollte, daß Spiegel die Erwerbslosen zu unbekanntem Leben fortziehen wollten und daß dann diese Waffen gebraucht werden sollten. Das wollte ich unter allen Umständen verhindern. Ich hielt mich mit meinen Genossen in Verbindung und teilte ihnen mit, daß in der Weissenfer fünf Waffengeheuer, nämlich **Weyand**, **Wagner** und einige andere, Handgranaten lagerten. Es folgt dann die Einwohnerwehr gehört und daß diese Organisation ebenso wie die „Greis“ bereits unter Alarm steht. Ich mußte zur Selbsthilfe greifen, denn der Polizei konnte ich davon keine Mitteilung machen, da diese ihre Unzuverlässigkeit in dieser Hinsicht genügend bewiesen hat. **Es wurde beschlossen, in der Nacht vom 19. zum 20. in die Weissenfer einzudringen und die dort lagernden Waffen unbrauchbar zu machen**. Damit wir bei diesen Unternehmen nicht durch die anderen Landeskörper gefehlt würden, daß ich meine Genossen im Einverständnis mit unangesehenen Heberwegens, auf dem Verlangen, was wir um 12 Uhr nachts in die Weissenfer bringen, fügen sich bis zum Schluß. Im nächsten Augenblick kam einer meiner Genossen und sagte: „Macht, daß Ihr fortrennt, die Sicherheitspolizei ist hier!“ Ich ging darauf nicht. Weissenfer wurde, wo ich am Anschlag den Genossen saß, trotz der ganz verstoß war und mir meinentwegen, daß ein Sicherheitsbeamter bei der Schießerei verwundet worden sei. — Vorl.: Es folgen nun Aussagen vor, welche betreffen, daß die für das Unternehmen eine **vollkommene militärische Einteilung** vorgenommen hatten. — Angekl.: Das betrafte ich auf das entscheidende. Mit der Einteilung hatte ich ja gar nichts zu tun, das befragte meine Genossen.

„Epistel“ im Zuhörerraum.

Nach einer kurzen Pause gibt **Aufkäufer Viktor Frankl** folgende Erklärung ab: Es ist mir mitgeteilt worden, daß im Zuhörerraum sich Personen befinden, die sich Notizen machen, dann herausgehen und den als Zeugen geladenen Polizeibeamten die Notizen übergeben. Es handelt sich um Angehörige von Polizeibeamten, und zwar offenbar um Agenten der politischen Polizei, also **Epistel**. Ich erbehe öffentlichen Protest gegen dieses eigenartige Verhalten.

Diese Erklärung rief eine allgemeine Lärme und Aufregung hervor, im Zuhörerraum erhoben sich mehrere Personen und zufen

dem Gericht verschiedene Worte zu, die Verteidiger sprechen lebhaft gestikulierend durcheinander, bis ein lautes „Psst“ des Vorsitzenden dem Zuhörer ein Ende bereitet. Auf Geruch des Vorsitzenden treten mehrere Personen aus dem Zuhörerraum vor den Gerichtssaal und befehlen, daß tatsächlich mehrere Personen im Zuhörerraum sich Notizen gemacht haben. Zwei Herren, welche sich dieses Notizen gemacht haben, werden näher befragt und müssen ebenfalls vorzutreten. Der eine „Epistel“ entpuppt sich als der Bundessekretär des Republikanischen Führerbundes, der aus Anwesenheit zur Sache der Vernehmung befreit. Der zweite Herr ist ein Agent der Reichspolizei, der erklärt, daß er sich überhaupt keine Notizen gemacht hat. Die „Zeugen“, die dies bezeugen sollten, erklären jedoch, daß sie es nicht bestimmt sagen konnten, daß der Lieutenant sich Notizen gemacht habe.

Blanc der Gegenrevolution.

Zunehmend erhebt sich **R. A. Dr. Bonheim** und stellt unter steigender Erregung der Zuhörer folgenden Antrag: Der Angeklagte **Michaelis** hat hier behauptet, daß die ganze A. C. lediglich eine Abwehrorganisation gegen sozialrevolutionäre Verbrechen gewesen sei. Es ist also für die Beurteilung der ganzen Sache äußerst wichtig und wertvoll festzustellen, ob dieser Behauptung tatsächliche Momente zugrunde liegen und ob die Verteidigung in der glücklichen Lage, dem Gericht Originalhandschriften und einen Originalplan vorlegen zu können, aus dem hervorgeht, daß gerade zu jener Zeit und lange bevor noch gegenrevolutionäre Verbrechen im Gange sind, welche darauf hinauslaufen, mit Hilfe einer **militärischen Geheimorganisation** die Regierung zu stürzen und eine Militärdiktatur aufzurufen. — **R. A. Dr. Bonheim** legt dem Gericht ein vom 12. Juni d. J. datiertes Schreiben vor, aus welchem hervorgeht, daß sich ein sogenanntes „Arbeitsgemeinschaft“ gebildet habe, welche es sich zur Aufgabe machte, ehemalige Angehörige der Freikorps usw. in der Weissenfer, Sonderversteck auf den Gütern in Weissenfer unterzubringen, um wie es in dem Schreiben heißt, für die „Arbeitsgemeinschaft“ Kräfte zur Verfügung zu haben. Der Verteidiger überreicht weiter einen Originalplan des früheren Freikorps-Führers **Weyand**, in welchem er eingezzeichnet die Orte angegeben sind, von welchen aus der **Kummand** der Gegenrevolution stattfinden soll. Staatsanwalt **Kammin**: Das Material des Herrn Rechtsanwalt **Bonheim** über das Freikorps **Weyand** ist auch mir bekannt. Ich habe deswegen auch mit dem Redakteur **Weyand** von der „Freiheit“ wiederholt verhandelt. Herr **Weyand** hat mir dagegen erklärt, daß es sich in sehr vielen Fällen lediglich um eine Geschäftshandlung. Es besteht übrigens ein **Kassabuch** gegen Hauptmann **Weyand**.

Nach kurzer Beratung beschließt das Gericht den Weissenferantrag, soweit sie die Weissenfer Zeugen betreffen, fallzugeben, die übrigen dagegen abzulehnen.

Der Internatonsal des Reichswirtschaftsrates für Landwirtschaft hat die **Wichtige Frage der Antiseptizität** abgelehnt, ebenso die Erhöhung der von der Regierung vorgeschlagenen Abgaben.

